

## Für wen und mit wem

Im März war zehnter Geburtstag. Die gefeierte Missgeburt heißt Agenda 2010. Stammvater Schröder schwebte aus Moskau in die Bundestagsfraktion der SPD ein, um sich huldigen zu lassen. Der Balg ward weiland in eine grün ausgeschlagene Krippe gelegt. Davon wollen die Naturburschen nicht mehr so recht etwas wissen und grummeln am Rande des Sozialfeuerwerks eher verhalten herum. Pate Hartz, dem das Wort „Volk“ nur in Verbindung mit „Wagen“ bekannt ist, hat das Retortenbaby mit vier Geschenken ausgestattet, die bekannter sind als die kriminellen Handlungen des rechtskräftig Verurteilten.

Die christlichen Parteien hingegen denken sich für die Wahl neue Worthülsen aus, (z. B. „Leistungsrente“) und begraben diskret die alten Versprechen. Stichwort Rentenangleichung Ost an West. Natürlich werden sie dabei nicht rot.

„Deutsche Eiche“ und „Bambusrohr“ (Originalton Brüderle) stehen einem Verein vor, der wirklich soziale Wohltaten verteilt hat. Mövenpick & Co dankten bereits. Die Geschenke waren allerdings einseitig und die neidgelbe Farbe dieser Partei spiegelt die Reaktion auf ihr angeschlagenes Ansehen wider.

Jetzt fehlt noch eine im Bundestag vertretene Partei und führt uns zur Frage, was hat ISOR mit dieser zu tun?

Werfen wir einen Blick in unsere Satzung. Dort finden wir zu den Grundsätzen im Paragraphen 2 Abs. 3:

- Achtung des Grundgesetzes der BRD
- Öffentlichkeit in allen Angelegenheiten
- Konfessionelle und parteipolitische Unabhängigkeit.

Wenn wir auch wie alle Bundesbürger keine Möglichkeit hatten, über das Grundgesetz abzustimmen, so gehört zu unserem staatsbürgerlichen Verständnis, es als Fundament

des Staates zu achten, zu respektieren und an seiner Durchsetzung mitzuwirken. Wir sind keine Geheimbündler, die niemanden über unsere Ziele im Unklaren lassen, auch wenn uns das ständig wider besseres Wissen unterstellt wird.

Mitunter, jüngst nach der Veröffentlichung der „Gemeinsamen Erklärung zur Bundestagswahl 2013“ in **ISOR-aktuell** vom März, wird hier und da unter Hinweis auf die Mitunterzeichnung von ISOR die Frage gestellt, ob unser Verein die Politik der Partei DIE LINKE betreibt.

ISOR, siehe Satzung, ist ein von jeder Partei unabhängiger Verein, mischt sich nicht in deren Politik ein und lässt keine Einmischung in seine Tätigkeit zu. Aber Unabhängigkeit ist nicht Neutralität. Die Partei DIE LINKE verfolgt eine echte Oppositionspolitik. So wird sie in der „Gemeinsamen Erklärung...“ als „Friedenspartei und Interessenvertreterin der sozial Benachteiligten“ beschrieben. Deswegen bedürfte sie „der Unterstützung aller Friedensaktivisten und Antikapitalisten.“ Daraus wird die Bitte abgeleitet, diese Partei zu wählen.

ISOR ist entsprechend der Satzung eine Interessenvertretung, deren Ziele klar definiert sind. Bei der Auswahl von Weggefährten stellen sich natürlich Fragen: Welche Partei stimmt im Bundestag gegen Kriegseinsätze der Bundeswehr, nun schon auf drei Kontinenten? Welche Partei, wenn nicht DIE LINKE, setzt immer wieder das Thema Rentenungerechtigkeit auf die Tagesordnung? An dieser Stelle brauchen wir für unsere Leser nicht langatmige Antworten herzuleiten. Und es ist wohl klar, dass der künftige Verbleib der LINKEN im Parlament des Bundes – aber auch der Länder! – für unseren Kampf gegen die Straffrente und den seit der Agenda 2010 historisch beispiellosen Sozialabbau der Anker ist, auf dessen Festigkeit nicht

nur Mitglieder von ISOR und der anderen Unterzeichner der „Gemeinsamen Erklärung...“, sondern viele Menschen bauen, denen die Diktatur der Finanzmafia ihre Würde, soziale Sicherheit und Zukunftszuversicht genommen hat.

ISOR tritt für soziale Gerechtigkeit und die Verhinderung eines weiteren Sozialabbaus und die daraus resultierende Altersarmut für die Schwächsten dieser insgesamt reichen deutschen Gesellschaft ein.

Deshalb ist unsere Sympathie für diese Partei offensichtlich. Und auf den eben genannten Feldern gibt es Gemeinsamkeiten in den Zielen. Dabei kann die Partei DIE LINKE im Bundestag ihre Stimme für unsere Position einbringen.

Wir müssen zugleich verstehen, dass die LINKE viele Felder zu bestellen, viele Erwartungen zu erfüllen hat. Aber dass sie sich in dem ihr möglichen Maße für unsere Belange einsetzt, verdient selbstverständlich unsere Sympathie. Völlig falsch ist der Vorwurf, daraus unsere parteipolitische Unabhängigkeit infrage zu stellen

Klar ist, dass ISOR sich nicht in die parteipolitischen oder interne personelle Debatten innerhalb der Partei DIE LINKE einmischt oder sich öffentlich dazu äußert. Für diese Diskussionen sind die Medien der Partei oder Tribünen für Kommunisten und Sozialisten in Deutschland geeignet.

Vorhaltungen über das zu enge oder zu ferne Verhältnis von ISOR zu den LINKEN liegt eine subjektive Wahrnehmung zugrunde, als habe unser Verein neben den potenziellen Partnern im OKV zu wenig Verbindung in die „Außenwelt“. Wie man auch immer dazu steht, eines ist sicher. Wir haben noch nicht alle Möglichkeiten ausgeschöpft. Signale aus einigen TIG zeigen, dass der Kreis durch Bündnispartner gegen die katastrophale Sozialpolitik erweitert werden kann. Das gemeinsame Wirken für Frieden und soziale Gerechtigkeit führt scheinbar von uns ferne Gruppen der Gesellschaft näher heran.

**ISOR-aktuell** wird in den nächsten Monaten darauf eingehen, was sich z. B. im Zusammenwirken mit engagierten Christen tut und tun lässt. Wir bitten unsere Mitglieder, über derartige Gedanken, Absichten und Aktivitäten zu berichten. Die Tradition ist längst begründet. Vor 70 Jahren, nach der Schlacht von Stalingrad, haben sich auch christliche Offiziere und Generale im „Nationalkomitee Freies Deutschland“ in einer antifaschistischen Koalition eingebracht. In der DDR bestanden im Rahmen der Bündnispolitik für Christen viele Möglichkeiten, an der politischen Gestaltung des Landes mitzuwirken, auch wenn dies nicht ohne Reibungen und Missverständnisse auf beiden Seiten blieb. Jetzt gilt das dringende Gebot, antifaschistische Bündnispartner, aber auch solche für die Durchsetzung einer menschenwürdigen Sozialpolitik einzuladen. Nur ein breites antifaschistisches und soziales Bündnis kann uns stärken.

### Zwischenruf

Unsre Herrn,  
wer sie auch seien,  
sehen unsre Zwietracht gern.  
Denn solange sie uns entzweien,  
bleiben sie doch unsre Herrn.

(Aus dem „Solidaritätslied“ v. Bertolt Brecht)

## Aus der Arbeit des Vorstandes

Der Vorstand beschloss, die Vertreterversammlung der ISOR e.V. am 21. und 22. Oktober in Berlin durchzuführen und bestätigte die erforderlichen Maßnahmen zur organisatorischen Vorbereitung. Die TIG werden entsprechend informiert.

Der Beschluss enthält u.a., dass sich jedes Mitglied der ISOR für die Übernahme von Funktionen im Vorstand und in der Revisionskommission bewerben kann. Die Bewerbungen sind bis zum 30.06.2013 dem Geschäftsführer zu übermitteln. Mitglieder, die erstmalig kandidieren, werden gebeten, ihrer Bewerbung eine Stellungnahme ihrer TIG beizufügen.

Alle Kandidaturen werden in der Juli-Ausgabe von „**ISOR aktuell**“ veröffentlicht.

Danach können Mitglieder der ISOR bis zum 30.09.2013 Einwände beim Geschäftsführer geltend machen. Über die Aufnahme in die Kandidatenliste entscheidet die Vertreterversammlung.

\*

Horst Parton informierte den Vorstand über ein Gespräch am 13.03.2013 mit dem Bundesvorsitzenden der Partei DIE LINKE, Bernd Riexinger, an dem außer ihm Klaus Blessing (OKV), Hans Bauer (GRH) und Karl-Heinz Wendt (GBM) teilgenommen hatten. Dabei wurden in einer aufgeschlossenen Atmosphäre die Anliegen der vertretenen Organisationen erläutert und Vorschläge zum Wahlprogramm der LINKEN unterbreitet.

\*

Rainer Rothe informierte, dass eine weitere

Verfassungsbeschwerde zum § 7 AAÜG nach einer LSG-Entscheidung direkt bei Bundesverfassungsgericht eingereicht wurde. (1 BVR 708/2013).

\*

Im Zusammenhang mit der Anerkennung von Zulagen und Zuschlägen für die Rentenzahlung liegt eine LSG-Entscheidung vor, mit der die Zahlung von Verpflegungsgeld an einen NVA-Angehörigen als Arbeitsentgelt und damit als rentenwirksame Leistung anerkannt wurde. Voraussetzung ist allerdings der individuelle Nachweis über das gezahlte Verpflegungsgeld, der bei NVA-Angehörigen überwiegend nicht erbracht werden kann, da relevante Unterlagen nicht mehr vorliegen und auch nicht mehr beschafft werden können. Die betreffenden Mandanten werden informiert.

\*

Am 9. März 2013 trafen sich zum wiederholten Male der Landesbeauftragte, Beiratsmitglieder und TIG-Vorsitzende aus **Mecklenburg-Vorpommern**. In diesem Kreis stellte sich als neuer Landesbeauftragter das Mitglied des ISOR-Vorstandes Berlin Manfred Jonischkies vor. Er tritt in dieser Funktion die Nachfolge von Siegfried Felgner an, der nach langen Jahren engagierter Vereinsarbeit seine Tätigkeit beendete. Der Dank für seine Arbeit war verbunden mit besten Wünschen für seine Gesundheit.

Mit dem neuen Landesbeauftragten wurden Informationen zum Stand des juristischen Kampfes um Rentengerechtigkeit ausgetauscht. Die Beratungsteilnehmer waren sich in der Beurteilung der Situation einig. Offensichtlich setzen die mit der Bearbeitung der Rententhematik Beauftragten auf den Faktor Zeit.

Ein reger Meinungs-austausch erfolgte zur Frage: Was ist zu tun, die Zeit bis zur gerichtlichen Entscheidung durch das Bundesverfassungsgericht sinnvoll zu nutzen? Niemand kann Inhalt und Tempo der Bearbeitung unserer ISOR-Beschwerden beeinflussen. Es ist alleine Sache der Gerichtsbarkeit. Aus den Erfahrungen schlussfolgern wir, dass es noch Zeit braucht, um ein verfassungsrechtliches Urteil zu erhalten. Hinzu kommt, dass mit einem Urteil nicht automatisch auch eine zügige Umsetzung verbunden ist. Daraus leitet sich die Frage ab: Wie kann diese „Wartezeit“ genutzt werden, um die Bindung an die „Gemeinschaft ISOR“ (auch als politische und organisatorische Heimat) erfolgreich zu gestalten? Alle Mitglieder beweisen täglich ihre enge Bindung an ISOR. Aber es ist erforderlich, alle sich bietenden Möglichkeiten zur



## Willenserklärung

Heute, am 14. März 2013, bekunden wir, die Versammlungsteilnehmer der regionalen Initiativgruppen der ISOR e. V. **Güstrow, Bützow, Sternberg**, die Vertreter der ortsansässigen Vereine der GRH, GBM, RotFuchs und die Mitglieder der Partei DIE LINKE unseren Willen, die ungebrochene Solidarität im Kampf um die soziale und rentenrechtliche Gleichstellung in Ost und West.

Wir treten dafür ein, dass unsere erworbenen Biographien und Lebensleistungen in der DDR rechtsstaatlich von der BRD anerkannt werden und fordern zugleich die Einlösung des im Koalitionsvertrag der Regierungsparteien Versprochene, noch in dieser Legislaturperiode ein einheitliches Rentensystem in Ost und West einzuführen, erfüllt wird. Es ist uns leid, ständig gut gemeinte Botschaften zu vernehmen ohne dass Taten folgen. Ja, uns fehlt nach vielen wahrgenommenen Enttäuschungen in der Sozialpolitik der Glaube an die Wahrscheinlichkeit sozialer und rentenrechtlicher Versprechungen. Wir verweisen auf den Artikel 1 Abs. 1 des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland, in dem es heißt: „Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt.“ Nun fragen wir: Warum dann die sozialen und rentenrechtlichen Demütigungen? Wir stehen fest und entschlossen an der Seite all jener, die sich gegen Armut, Rentenstrafrecht, gegen den Abbau von sozialen und demokratischen Rechten und gegen die Diskriminierung von Bürgern einsetzen.

Unser Aufbegehren und Widerstand stehen gegen eine Politik der Ungerechtigkeit und sozialen Ausgrenzungen. Wir lehnen Gesinnungsterror und Menschenverachtung wegen politischer und weltanschaulicher Positionen ab. Konsequenter sind wir gegen nationalsozialistische sowie rechtsradikale Tendenzen und unterstützen die öffentliche Forderung nach dem Verbot der NPD und anderer Neonazi-Vereine. Wir stärken unseren Blick und unsere Aktivitäten im Bundeswahlkampf für die Partei DIE LINKE als unsere Interessenvertreterin. Ihr Wahlprogramm betrachten wir als ein sozialpolitisch ausgewogenes Konzept, das die notwendige Lebensqualität garantiert und vor Altersarmut schützt.

Wir würden es begrüßen, wenn im Herbst nach der Bundestagswahl ein Politikwechsel eintrete. Ausdrücklich erklären wir unser Einverständnis zur Arbeit des Präsidiums des Ostdeutschen Kuratoriums von Verbänden e. V. und wünschen dennoch den weiteren Ausbau des gesellschaftlichen Informationsbedarfs, die stärkere bzw. noch breitere Einbeziehung aller linksorientierten Vereine und Verbände im Kampf für mehr Gerechtigkeit.

Unsere Stärke liegt im gemeinsamen Handeln vereinter Kräfte auf der Basis des Grundgesetzes der BRD. Deshalb unser Motto.

**Jeder macht mit - keiner bleibt zurück!**

Die Versammlungsteilnehmer  
Für die Richtigkeit: **Der TIG-Vorstand Güstrow,**  
**Walter Krüger, Vorsitzender**

Gestaltung eines sinnvollen Vereinslebens zu nutzen.

In diesem Zusammenhang wird die Arbeit an einem Perspektivpapier des Vorstandes als sehr bedeutsam und zeitgemäß bewertet. Durch die Tatsache, dass die Partei DIE LINKE die einzige politische Kraft ist, die auch unsere rentenrechtlichen und sozialen Interessen vertritt, gibt es zu ihr keine politische Alternative. Aus unserem ureigensten Interesse ergibt sich die Notwendigkeit unserer Unterstützung für sie. Dabei ist sicher zu beachten, dass Einzelpersonen nicht die Partei DIE LINKE verkörpern. Langfristig wird die Wahl zum Bundestag in der Arbeit von ISOR einen wichtigen Platz einnehmen. An dieser Stelle wurde die Bedeutung der Arbeit in Bündnissen sehr hoch bewertet. In der gegenseitigen Ergänzung, in einem engen Schulterschluss sowie im Verständnis füreinander werden die Aufgaben gesehen. Die Teilnehmer wollen solche Zusammenkünfte, wie die vom 9. März 2013, fortsetzen. Sich zu „sehen“, miteinander über die Lage im eigenen Bereich auszutauschen, Anregungen für die eigene Tätigkeit zu erhalten und Kraft zu tanken — das sind die Gründe für unsere Treffen. Über Mitgliedererwerb und Material- und Finanzsparing wurden Meinungen ausgetauscht. Die Teilnehmer der Runde unterstrichen nochmals die Qualität und Bedeutung der vorliegenden Gutachten. Der hohe Wert der Dokumente, so die einhelligen Meinungen, kann bei nüchterner Betrachtung nicht ohne Wirkung bleiben.

**Karl-Wilhelm Wolff,**  
Mitglied des Beirates

\*

Das im Oktober 2012 begonnene Gespräch zum Thema TIG **Uckermark** (s. **ISOR aktuell** 12/12) wurde im März in Prenzlau fortgesetzt. Es ging um die seit längerem in den uckermärkischen TIG schwebende Frage: Bringt uns statt kleiner Gruppen eine gemeinsame TIG Uckermark mehr Vorteile für eine wirksame Vereinsarbeit?

Nach dem Vertreter der TIG **Templin** bereits zuvor für eine weitere Eigenständigkeit plädiert hatten, machten die TIG-Vorsitzenden aus Angermünde, Prenzlau und Schwedt/Oder nunmehr Nägel mit Köpfen. Sie vereinbarten einen wichtigen Schritt zur Festigung unserer sozialen Vereinigung in der Uckermark. Ihr Beschluss vom 18. März 2013: die drei bisher genannten Territorialen Initiativgruppen bilden nunmehr die TIG Uckermark. Dieser gehören etwa 90 Mitglieder an. Eine gründliche Diskussion und eine ausführliche Analyse des Ist-Zu-

standes hatten dies auf die Tagesordnung gesetzt.

Dem als TIG-Vorsitzenden benannten langjährigen Prenzlauer Vereinsfunktionär Hans-Joachim Möllenberg werden drei Stellvertreter, je einer aus den o. g. Städten, zur Seite stehen. Neben einem kürzeren, besseren Informationsweg zwischen TIG-Vorstand und Mitgliedern, soll es jährlich eine zentrale, Mitgliederversammlung geben. Im Gespräch ist ein erstes Treffen zum Jahresende 2013. Auf der Tagesordnung wird die Auswertung der Vertreterkonferenz stehen. Damit es keinen Knick in der Vereinsarbeit gibt, wurde vereinbart, dass die Kassierung und der Vertrieb von, **ISOR aktuell** wie bisher in den Gruppen Angermünde, Prenzlau und Schwedt/Oder erfolgt.

Gast in Prenzlau war Peter Speck, Mitglied des ISOR-Vorstandes, der aktuell informierte, und das Zusammenführen von kleineren Gruppen zu effektiven Organisationen befürwortete.

**Benno Butschalowski**

\*

Am 22.03.2013 fand in **Chemnitz** das Frühjahrsseminar des Seniorenpolitischen Netzwerkes Chemnitz statt. In diesem Bündnis leistet unsere TIG auf der Grundlage unserer Satzung gemeinsam mit anderen Sozialverbänden der Stadt eine aktive Mitarbeit. Das Seminar stand unter dem Thema. „Die Rentenüberleitung im wiedervereinigten Deutschland - Probleme gruppengerechter Versorgungsüberleitung, Defizite der Gesetzgebung“ -

Auf Initiative unserer TIG wurde dafür als Referent der Stellvertreter des Vorsitzenden Rechtsanwalt Dr. Rainer Rothe gewonnen.

Mit viel Aufmerksamkeit folgten die über 70 Teilnehmer den Ausführungen und zeigten in der Diskussion ihr Interesse an den brisanten Problemen. Übereinstimmend mit dem Referenten wurde zur Kenntnis genommen, dass der Anspruch auf eine gerechte Rente kein Gnadengeschenk der Regierung darstellt, sondern ein durch Lebensarbeitsleistungen erworbener sozialer Rechtsanspruch ist und dass alles, was bisher durch uns im wahrsten Sinne des Wortes erstritten wurde, als Teilerfolg unseres Kampfes zu betrachtet ist.

In diesem Zusammenhang wurden die Teilnehmer auf das Sozialwissenschaftliche als auch das Verfassungsrechtliche Gutachten als wesentliche Grundlage für die erfolgreiche Fortführung unseres Kampfes hingewiesen.

Für uns als Mitglieder von ISOR war es sehr angenehm zu erfahren, dass wir im

Rahmen des Netzwerkes Partner an unserer Seite haben, die uns solidarisch zur Seite stehen. Das zeigte sich auch bei unserem Anteil an den nahezu 73.500 Unterschriften, die von ISOR dem Petitionsausschuss des Deutschen Bundestages übergeben wurden. Als eine derzeit vorrangige Aufgabe wurde herausgestellt, dass wir auf der Basis der uns durch das Grundgesetz garantierten Möglichkeiten im politischen Umfeld alles in Bewegung setzen müssen, um die auf juristischem Gebiet eingeleiteten Maßnahmen zu unterstützen. Dazu vertrauen wir auf ein enges Zusammenwirken des gesamten linken Spektrums unter Wahrung der spezifischen Eigenständigkeit.

Mit ihren 153 Anfragen an die Bundesregierung hat nur die Partei DIE LINKE erneut bewiesen, dass nur sie als Friedenspartei die wahre Vertreterin aller sozial Benachteiligten in unserem Land ist und somit auch die Interessen von uns als Mitglieder von ISOR vertritt. Dies ist für uns Anlass, ihr bei der Bundestagswahl 2013 unsere Stimme zu geben und sie darüber hinaus bei all ihren politischen Aktionen zu unterstützen.

**Horst Beckert**

\*

Der Internationale Frauentag war für uns auch in diesem Jahr Anlass, Freundinnen und Genossinnen der TIG **Berlin-Hellersdorf, Hohenschönhausen und Marzahn** zu einer gemeinsamen Feier einzuladen. Es erfüllte uns mit besonderer Freude, dass sich unsere Bundestagsabgeordnete Dr. Martina Bunge bereit erklärt hatte, an dieser Veranstaltung teilzunehmen. Das war sicher auch ein Grund, dass 200 Mitstreiterinnen (so viele wie noch nie) unserer Einladung gefolgt waren.

Genossin Bunge machte deutlich, auf welche Weise alle ostdeutschen Rentner benachteiligt werden und dass sich dies bei der gegenwärtigen Rechtslage auch auf unsere Kinder und Enkelkinder auswirken wird. Sie rief in Erinnerung, dass die Bundeskanzlerin auf dem Seniorentag 2009 versprochen hatte, eine Rentenangleichung Ost an West würde noch in dieser Legislaturperiode erfolgen. Auf dem Seniorentag 2011 in Hamburg verlor die Kanzlerin dazu kein Wort.

Genossin Bunge erläuterte die 19 Anträge der Fraktion DIE LINKE an den Bundestag.

DIE LINKE ist die einzige Fraktion, die sich für Rentengerechtigkeit einsetzt und dieses Thema immer wieder zur Sprache bringt. (Der Wortlaut der Anträge, die Redebeiträge der Fraktionssprecher zu diesem

Thema und das Ergebnis der namentlichen Abstimmung können in der Broschüre „Für Korrekturen bei der Überleitung der Alterssicherungen der DDR in bundesdeutsches Recht“, erhältlich bei der Fraktion DIE LINKE, nachgelesen werden). Auch in der kommenden Legislaturperiode wird sie dieses Thema wieder zu Sprache bringen. Deshalb ist es wichtig, alles zu tun, damit DIE LINKE wieder mit einer starken Fraktion in den Bundestag einzieht. Die Ausführungen der Genossin Bunge wurden mit großem Interesse und Beifall zur Kenntnis genommen.

Mit einem musikalisch-literarischem Programm, gestaltet von Wolfgang Reuter, ging unsere Veranstaltung zu Ende.

Wilhelm Remiarz

### Aus der Postmappe

Die Gedanken von Manfred Volland (**ISOR aktuell** 02/2013) habe ich mit großer Aufmerksamkeit gelesen und finde diese äußerst aktuell. Seine sachlichen Argumente zum Thema Krieg und Frieden dienen einer notwendigen sachlichobjektiven Betrachtung deutscher Geschichte. Und die in unserem Land doch zahlreichen „Kriegs-apologeten“ haben eine Fülle von Möglichkeiten, um unsere Bürger in bestimmter Weise zu desorientieren.

Ich gehöre auch jener Generation an, die 1945 von den politischen Losungen begeistert war wie z.B.: „Nie wieder Krieg“ oder „Von deutschem Boden darf nie wieder ein

Krieg ausgelöst werden“! Und ausdrücklich möchte ich noch auf die Aussage von Volland verweisen: „Der Krieg darf nicht als schicksalhafte Unvermeidlichkeit hingenommen werden.“

Danke, lieber Manfred Volland und noch nachträglich meine besten Wünsche zu Deinem 80. Geburtstag. **Dr. Helmut Feist**

\*

Sehr oft habe ich mich über die von den Medien verbreitete Sicht zu den Bunkerbauten in der DDR geärgert. Einseitig wird der DDR unterstellt, einen angeblich aggressiven Kurs des Warschauer Paktes unterstützt zu haben. Geschichtliche Tatsachen spielten dabei eine untergeordnete Rolle. Ich habe diese Zeit des Kalten Krieges an vorderster Front erlebt. Ich weiß, welche Anstrengungen der Bau dieser Anlagen gekostet hat und mir war auch schon damals bewusst, diese materiellen und finanziellen Ressourcen hätte unser Staat dringend für andere Aufgaben gebraucht. Heute werden diese Bauten als reiner Wahnsinn bezeichnet. Dabei wird aber zu oft vergessen, dass auch sie ein Bestandteil des damals überlebenswichtigen militärstrategischen Gleichgewichtes waren.

Mit meinem ersten Buch („Honeckers geheimer Bunker 5001“) habe ich versucht, die damaligen Erlebnisse geschichtlich zu bewerten. Durch den MDR wurde diese Sichtweise aufgegriffen und es entstand eine Dokumentation, die die Aufgaben der Regierungsbunker in Ost und West, sachlich darstellte. Im Zuge der Arbeiten an dieser

Dokumentation wurde die Idee geboren, die Zeitzeugen Ost und West an einen Tisch zu bringen. Aus vielen Gesprächen entwickelte sich meine Mitarbeit an diesem Buch, das das Bunkergeschehen in den beiden deutschen Staaten, in einem differenzierten Licht betrachtet.

Ausgangspunkt ist ein Dialog zwischen dem Architekten des Bunkers West und dem verantwortlichen General der Verwaltung Spezialbauwesen. So werden Fragen nach der Geheimhaltung und deren Gefährdung beantwortet, wie die Übungen im Bunker West abliefen und warum im Bunker Ost keine der großen Kriegsspiele stattfanden. Es werden geheime Dokumente ausgewertet aber auch skurrile Ereignisse beschrieben.

Im Rahmen der Buchvorstellung am 2. März 2013, im Bunker im Ahrtal bei Bonn, hatte ich Gelegenheit, meine Erfahrungen und meine Sicht auf den Kalten Krieg darzulegen. In den zwei ausverkauften Veranstaltungen fand ich 200 interessierte und aufgeschlossene Zuhörer. Sie sprachen sich dafür aus, dass ebenso wie der Bunker bei Bonn, der Bunker in Prennden bei Berlin, als Dokumentationsstätte dienen sollte, um die Lehren aus der Zeit des Kalten Krieges, an die nächste Generation weiterzugeben.

Jürgen Freitag

### Plan B. – Bonn, Berlin und ihre Regierungsbunker

(Verlagsanstalt Handwerk GmbH)  
272 Seiten, 478 Fotos und Dokumente;  
ISBN 978-3-86950-164-2; 34,- €

**Einladung**  
zum gemeinsamen Abend  
der Antifaschistinnen und  
Antifaschisten

**Rote Lieder  
BüSGM  
gegen braunen Mob**

**am Dienstag, dem 07. Mai 2013 um 18:00 Uhr im  
Münzenbergsaal des ND-Hauses, Franz-Mehring-Platz**

**und Verleihung der Ehrenmitgliedschaft an  
den Botschafter der Republik Kuba Raúl Becerra Egaña**  
Musikalische Gestaltung  
**Jan Degenhardt, Hans-Beimler-Chor und Lautaro Valdes**

**Eine Veranstaltung des Bündnis für Soziale  
Gerechtigkeit und Menschenwürde e.V.**  
Domnauer Str. 1<sup>4</sup>, 12105 Berlin Tel. 030-75652209

Das möchten wir gern mit Ihnen zusammen erleben

Der **Ernst-Busch-Chor Berlin e.V.**  
und der **Hans-Beimler-Chor**  
treffen den Seniorenschor

**Itatähdet** (Abendstern)



aus Jyväskylä (Mittelfinland)  
zu einem Freundschaftssingen unter dem Motto  
„Die Solidarität ist die Zärtlichkeit der Völker“

am **12. Mai 2013, 15:00**

im

Russischen Haus der Wissenschaft  
und Kultur  
Friedrichstraße 178-179, 10117 Berlin



Eintritt: **10,00 €**

Kartenbestellung bei Jutta Bohrau, Telefon 030/ 54 60 18 42

**Lesenswert**

Horst Lohmann

**GSSD**

Die Gruppe der sowjetischen Streitkräfte in Deutschland 1945-1994  
 Ein historischer Abriss  
 (Projekt + Verlag Erwin Meißler)  
 357 Seiten, 19,90€  
 ISBN 978-3-932566-81-3  
 Bestellung: Horst Lohmann Hauptstr. 6  
 10317 Berlin, Tel.: 030-5031701

Dieser bedeutsame historische Abriss gibt einen detaillierten Überblick über die Entwicklung, Dislozierung, Ausrüstung, Gliederung und Aufgaben der GSSD vom Ende des 2. Weltkrieges 1945, über die Zeit des Kalten Krieges bis zum Abzug vom DDR-Territorium 1994, legt der Autor ein bisher einmaliges Material vor, einschließlich über 100 Seiten Anhänge. Besonders hebt er die Entwicklung der Kampftechnik in der GSSD wie die Entwicklung der Militärtechnik aller Teilstreitkräfte hervor. Er beweist, dass die GSSD die schlagkräftigste Gruppierung der sowjetischen Streitkräfte außerhalb der Sowjetunion war, bedingt durch ihre Dislozierung und ihres vorgesehenen Einsatzes im Falle einer militärischen Auseinandersetzung mit der NATO zur Sicherung der Westgrenze der sozialistischen Staatengemeinschaft. Es ist ein besonderes Kapitel der Existenz und Entwicklung der Sowjetarmee. Für alle Interessenten der Militärwissenschaft und Historiker ein unentbehrlicher Fundus der Wahrheitsfindung über die Rolle der sowjetischen Streitkräfte zur Wahrung des militärstrategischen Gleichgewichts und der Verhinderung eines neuen Infernos. Zugleich leistet der Autor einen notwendigen Beitrag gegen Entstellungen, Verleumdungen und Lügen bezüglich des oft an die Wand gemalten „Schreckgespenstes Rote Armee“. Die Dokumentensammlung und Zeittafeln stellen einen unverzichtbaren Beweis für erfolgte

militärische Entscheidungen und Handlungen in dieser so bedeutsamen Geschichtsperiode dar. **M.V.**

Andrea Wolf

**Mischa**

(Edition „Die Möwe“)  
 264 Seiten, 19 €  
 Bestellung über ND-Buchhandel in der Bücherstube des ND  
 ISBN 978-3-00-040267-8

Markus Wolf, Antifaschist, langjähriger Leiter der Aufklärung der DDR und Autor solcher bekannten Bücher wie Troika (1989) und „Freunde sterben nicht“ (2002) wäre 90 Jahre alt geworden. Seine Ehefrau Andrea Wolf hat über 100 Briefe ausgewählt, die er an seine Familie, Freunde und Weggefährten geschrieben hat. Diese Briefe waren bisher der Öffentlichkeit vorenthalten. Sie geben in mehreren Zeitabschnitten einen kleinen Einblick in das Leben von Markus Wolf, in seine feste Überzeugung von einer Welt in Frieden und Wohlstand für alle. Eine Gruppe von Briefen ist an Freunde und Kampfgefährten gerichtet. So u. a. an Hans Modrow, Gregor Gysi, Lothar Bisky, J. M. Primakow, Valentin Falin, an Vitja, Viktor Fischer, dem „Amerikaner“ und Lothar Wloch, dem „Mittelpferd“ in der „Troika“. In den Briefen wird auch die Verantwortung und Sorge sichtbar, die Mischa für seine Mitkämpfer und Aufklärer als Chef der Aufklärung der DDR (1952-1986), insbesondere in der Zeit der Verfolgung, Verhaftung und während ihrer Haft hatte. Hierzu sind Briefe an Rainer Rupp, Gaby Gast und Hagen Blau ein überzeugender Beweis. Bisher unbekannt auch ein Brief an den damaligen Präsidenten Gorbatschow, in dem Mischa im Vorfeld der Verhandlungen mit Kohl um Hilfe und Unterstützung für die Aufklärer, insbesondere der in Haft befindlichen, bat. **G. Sch.**

Die ausführliche Rezension von Gotthold Schramm befindet sich im Internet [www.isor-sozialverein.de](http://www.isor-sozialverein.de) im Abschnitt Rezensionen

**Von Mitglied zu Mitglied**

Hotel-Pension in der Lausitz, mitten im Grünen. Speisen im neuen Wintergarten!  
 Z.B. 7 ÜHP 259 €, FeWo ab 75 €. Auch VP  
 mögl. Prosp. 035894 30470  
 e-Mail: [info@pensionweiser.de](mailto:info@pensionweiser.de)

**Impressum**

**Herausgeber:** Vorstand der ISOR e.V.  
**Vorsitzender:** Horst Parton  
**Redakteur:** Wolfgang Kroschel, Telefon: (030) 29 78 43 19  
**V.i.S.d.P.:** Dr. Peter Fricker, c/o Geschäftsstelle der ISOR e.V.

**ISOR aktuell** dient der Information von Mitgliedern der ISOR e.V. und interessierten Bürgern und kann nicht bei Behörden als rechtsverbindliche Auskunft benutzt werden. Bei namentlich gekennzeichneten Beiträgen sind die Autoren für deren Inhalt verantwortlich. Die Redaktion behält sich sinnwahrende Kürzungen von Zuschriften vor.

**Redaktionsschluss:** 27.03.2013  
**Redaktionsschluss der nächsten Ausgabe:** 30.04.2013  
**Einstellung im Internet:** 10.05.2013  
**Auslieferung:** 16.05.2013

**Herstellung:** Druckerei Bunter Hund, 10405 Berlin  
**Geschäftsstelle der ISOR e.V.**  
 Geschäftsführer: Wolfgang Schmidt – Tel.: 29 78 43 16  
 Postanschrift: ISOR e.V.: Franz-Mehring-Platz 1 – 10243 Berlin

Telefon: (030) 29 78 43 15 - Sekretariat  
 29 78 43 17 - AG Finanzen  
 Fax: (030) 29 78 43 20  
 Postfach 700423 – 10324 Berlin

**E-Mail:** [ISOR-Berlin@t-online.de](mailto:ISOR-Berlin@t-online.de)  
**Redaktion:** [Isor-Redaktion@t-online.de](mailto:Isor-Redaktion@t-online.de)  
**Internet:** <http://www.isor-sozialverein.de>  
**Bankverbindung:** Berliner Sparkasse  
 Konto-Nr. 171 302 0056, BLZ 100 500 00  
 IBAN: DE 43 1005 000 1713 0200 56  
**Öffnungszeiten der Geschäftsstelle:**  
 Dienstag bis Donnerstag 9 bis 16 Uhr  
**Sprechstunden der AG Recht:**  
 Jeden 1. Donnerstag von 15 bis 17 Uhr sowie  
 nach tel. Terminvereinbarung (030 29 78 43 15)  
 auch am 3. Donnerstag von 15 bis 17 Uhr